



Kölner Süden: Fahrverbote und fehlende P&R-Plätze

Köln drohen Fahrverbote wegen zu hoher Stickstoffdioxid-Belastungen: doch Lösungen, wie z.B. ein erweitertes P&R-System, werden seit Jahren ignoriert.



Stickstoffdioxid-Messung der Deutschen Umwelthilfe an der Bonner Straße. Foto: A. Wulf

Politik und Verwaltung in Köln sind unfähig, das seit 2010 geltende Recht auf saubere Luft umzusetzen. Ab dem nächsten Jahr verpflichtete das Verwaltungsgericht Köln die Stadt zu Fahrverboten für Dieselfahrzeuge.

Bürgervereine und Initiativen im Kölner Süden fordern seit Jahren ein Gesamtverkehrskonzept und P&R-Plätze am Stadtrand: in Meschenich, am Eifeltor in der Nähe des Bahnhofs Kalscheuren und besonders den

P&R-Ausbau in Godorf. Dort – an der Haltestelle Godorf, direkt neben der Autobahnausfahrt A555 und dem Zubringer zur A553 – könnten die Berufspendler die 6,5 km langen Staus vor dem Autobahnkreuz Köln-Süd komplett umgehen. Mit den U-Bahn-Linien 16 und 17 wäre, mit wenig Aufwand, bereits "seit 2015" ein ganztägiger 5-Minuten-Takt möglich.

Die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker (parteilos) wehrte den Vorschlag jedoch ab: "Wir wollen doch nicht zurück, sondern in die Zukunft schauen." Wohlgedemert: dieses P&R wäre sofort möglich. Stattdessen lässt Reker an der Bonner Straße (in der künftigen Fahrverbotszone) für mehr als 14 Mio. Euro ein 5,5-stöckiges Parkhaus mit 540 Einstellplätzen bauen. Für die dort geplante Stadtbahnlinie verlängerte sich die Bauzeit inzwischen von zwei auf mehr als fünf Jahre. Und vor 2027 erreicht die Bahn die Innenstadt nicht, weil das Tunnel-Teilstück am Waidmarkt fehlt. Dann fährt die Stadtbahn aber schon von der Bonner Straße bis nach Meschenich (Baubeginn 2024), wo ein P&R-Platz – wie in Godorf – nicht nur Kosten sparen, sondern Staus verhindern könnte.

Denn: zu einem Parkhochhaus an der Bonner Straße müssten die Pendler morgens und abends weiterhin durch die Staus!

Das seit 2011 von Colonia ELF (daher der Name) geforderte Gesamtkonzept für den Verteilerkreis Köln-Süd – einschließlich der Verhinderung von Rampen auf der Bonner Straße für einen Bahntunnel oder eine Hochbahn in 6m Höhe über dem Verteilerkreis – will die Stadtverwaltung prüfen. Der Verwaltungszusage vom 13.09.2018 folgten inzwischen Beschlüsse des Finanzausschusses am 24.09.2018 und des Stadtrates am 27.09.2018.

Der Vorschlag spart u.a. 65 Mio. Euro für einen Tunnel in der Wasserschutzzone II, vermeidet Ausweichverkehre in Wohnviertel, schützt die Anwohner vor weiteren Lärmbelastungen (zwei Stadtbahngleise mit enger Kurve anstelle der Bäume zwischen der Volksparksiedlung und der Militärringstraße), verhindert eine zweite Verkehrs-Trasse durch den Grüngürtel und beseitigt nachhaltig die Verkehrsstaus am Verteilerkreis.